

Überprüfung der Umsetzung des
Bereichs K der Aktionsplattform von
Peking in der EU: Frauen und Umwelt
Gleichstellung und Klimawandel

Wichtigste Feststellungen



Der Bericht basiert auf einer von Milieu Ltd und Life e. V. erstellten Studie für das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen.

Weder das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen noch in deren Namen oder Auftrag tätige Personen können für die Nutzung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen haftbar gemacht werden.

Die Arbeit an diesem Bericht und die „Wichtigsten Feststellungen“ wurden von Ilze Burkevica koordiniert, die Qualitätssicherung der Forschung wurde vom Forschungsteam des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen durchgeführt, dem folgende MitarbeiterInnen angehören: Jolanta Reingarde, Ilze Burkevica, Ioana Borza, Merle Paats, Jesper Schou Hansen und George Kyriacou.

**Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden**

Gebührenfreie Telefonnummer (*): 00 800 6 7 8 9 10 11

(*) Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern oder berechnen eine Gebühr.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu>).

Katalogisierungsdaten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

ISBN: 978-92-9218-029-4

doi: 10.2839/36704

© Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen 2012
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Gedruckt in Belgien

Vorwort

Der Klimawandel ist ein Multiplikator für Umweltveränderungen und hat große Auswirkungen auf das Leben von Frauen und Männern. Diese Auswirkungen und Konsequenzen sind nicht geschlechtsneutral. Frauen und Männer haben unterschiedliche Bedürfnisse, Prioritäten und Möglichkeiten zur Abfederung der Auswirkungen und zur Anpassung an den Klimawandel. Daher können Strategien und Maßnahmen gegen den Klimawandel wirkungsvoller sein und zu mehr Gleichheit führen, wenn sie geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigen.

In der vorliegenden Publikation werden die wichtigsten Ergebnisse des Berichts von EIGE über die Überprüfung der Umsetzung in einem der zwölf Problembereiche der Erklärung und Aktionsplattform von Peking für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden (PAP) zusammengefasst. Es ist der zweite Bericht einer Reihe von Berichten des Instituts, die zur Vorbereitung von Ratspräsidentschaften der Europäischen Union als Folgemaßnahme von PAP erstellt werden. Das vom dänischen Ratsvorsitz ausgewählte Thema des Berichts lautet Gleichstellung und Klimawandel und befasst sich schwerpunktmäßig mit der Beteiligung von Frauen und Männern an Klimaschutzentscheidungen im öffentlichen Sektor sowie der Bildung in wissenschaftlichen und technischen Bereichen.

Da es sich hierbei um einen sehr umfassenden und unerforschten Themenbereich handelt, konzentrierten sich die Analysen und Erörterungen auf die Beteiligung von Frauen an Klimaschutzentscheidungen und die geschlechtsspezifische Trennung bei der Bildung. Es werden Daten zur Beteiligung von Frauen an Entscheidungen zum Klimawandel im öffentlichen Sektor präsentiert, die zeigen, dass Frauen diesbezüglich auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene stark unterrepräsentiert sind. Der Bericht enthält auch die aktuellsten verfügbaren, nach Geschlecht aufgeschlüsselten Immatrikulationsdaten in naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen in den EU-Mitgliedstaaten.

Für diesen Bereich schlägt EIGE die Einführung neuer Indikatoren vor.

Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen seltener wissenschaftliche und technische Fächer wählen. Der Anteil von weiblichen HochschulabsolventInnen ist in den Ingenieurwissenschaften und im Verkehrswesen besonders niedrig, wobei diese beiden Bereiche besonders eng mit den für den Klimawandel relevanten Sektoren Verkehr und Energie verbunden sind.

In dreizehn Mitgliedstaaten nehmen Frauen mindestens ein Viertel der hochrangigen Positionen in den drei untersuchten öffentlichen Sektoren Verkehr, Energie und Umwelt ein; der Umweltsektor weist dabei eine ausgeglichene Geschlechterverteilung auf als die Sektoren Verkehr und Energie. In vier Mitgliedstaaten liegt der Anteil von Frauen sogar unter 15 %.

Die MinisterInnen der nordischen Länder drückten es 2009 folgendermaßen aus: „Wir brauchen die Fähigkeiten und Ressourcen aller. Männer und Frauen denken unterschiedlich und tragen auf unterschiedliche Weise zu Lösungen bei. Um diese Vielfalt zu bewahren, müssen Männer und Frauen die gleichen Einflussmöglichkeiten haben und von den Investitionen in Maßnahmen gegen den Klimawandel (Anpassung/Klimaschutz) profitieren. Durch diesen Prozess werden Männer und Frauen vollständig gleichberechtigte PartnerInnen und BürgerInnen.“¹

Wir danken allen, die zu dieser Publikation beigetragen haben, insbesondere der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission und der EIGE-Arbeitsgruppe zu den Indikatoren von Peking. Die Publikation bereichert die Diskussion über Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Europäischen Union mit fundierten Erkenntnissen.

*Virginija Langbakk
Direktorin
Europäisches Institut für
Gleichstellungsfragen (EIGE)*

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen ist eine autonome Institution der Europäischen Union, die gegründet wurde, um zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, einschliesslich der durchgehenden Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts in allen Politikbereichen der Gemeinschaft und den entsprechenden nationalen Politikbereichen, und zur Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts beizutragen, sowie die UnionsbürgerInnen für Gleichstellungsfragen stärker zu sensibilisieren.

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen

Svitrigailos g. 11M
LT-03228 Wilna
Litauen

Telefon: +370 5 239 4107
Fax: +370 5 239 2163
Email: eige.sec@eige.europa.eu

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Einleitung	6
Der Gleichstellungsaspekt beim Klimawandel	7
Gleichstellung und Klimawandel: neue Indikatoren	13
Anteil an Klimaschutzentscheidungen	14
Unterteilung der Bildung	19
Schlussfolgerungen	23
Endnoten	26



Einleitung

Auf der Vierten Weltfrauenkonferenz, die 1995 in Peking stattfand, wurde die Erklärung und Aktionsplattform für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden (PAP) offiziell angenommen. In der PAP werden die strategischen Ziele und die von der internationalen Gemeinschaft, den nationalen Regierungen und der Zivilgesellschaft zu ergreifenden Maßnahmen dargelegt, mit denen die Menschenrechte von Frauen und Mädchen als unveräußerlicher, integrierender und unteilbarer Bestandteil der allgemeinen Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Frauen während ihres gesamten Lebens gefördert und geschützt werden sollen.

Mit der Unterzeichnung des Dokuments verpflichteten sich die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) offiziell, Maßnahmen zur Umsetzung der PAP zu ergreifen und die in den einzelnen relevanten Bereichen erzielten Fortschritte zu überwachen und zu dokumentieren. Obwohl die Zuständigkeit für die Frauenförderung primär bei den nationalen Regierungen liegt, war die EU an der Formulierung der Erklärung von Peking beteiligt und unterstützt ihre Mitgliedstaaten beim Ergreifen von Maßnahmen.

Seit 2010 unterstützt das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) die Präsidenschaften des Rates der Europäischen Union bei der Weiterverfolgung der PAP. Dänemark, das in der ersten Hälfte des Jahres 2012 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union innehat, hat in Zusammenarbeit mit der Kommission, der hochrangigen Gruppe zur Gleichstellung von Frauen und Männern und dem EIGE beschlossen, den Bereich „Frauen und Umwelt“ zu überprüfen, in dem es um die Gleichstellungsaspekte des Klimawandels geht, und für diesen Bereich Indikatoren aufzustellen. Dabei werden zwei wichtige Dimensionen des Ziels K.1 untersucht: die Beteiligung von Frauen an Klimaschutzentscheidungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sowie der Anteil von Frauen in den wissenschaftlichen und technischen Bildungsbereichen im Zusammenhang mit dem Klimawandel.

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse des Berichts zusammengefasst².

Der Gleichstellungsaspekt beim Klimawandel

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Er ist ein wichtiges politisches Aufgabengebiet in der Europäischen Union. Die EU verfolgt in ihrer Klima- und Energiepolitik einen integrierten Ansatz und hat bei der Intensivierung der weltweiten Bemühungen um den Klimaschutz eine Führungsrolle. Außerdem ist die EU verpflichtet, bei allen ihren Tätigkeiten die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern. Die Verpflichtung der EU zur Geschlechtergleichstellung erfordert von den Beteiligten Maßnahmen zur Einbeziehung der Gleichstellungsperspektive in umweltpolitische Strategien und Programme auf allen Ebenen und in allen Phasen.

Klimawandel ist eine statistisch erhebliche Abweichung der Durchschnittswerte des Klimas oder dessen Veränderbarkeit während eines längeren Zeitraums. Laut dem Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC)³ besteht kein Zweifel daran, dass derzeit eine Erwärmung des Klimas stattfindet, die mit einem Anstieg der globalen Temperaturen, Schnee- und Eisschmelze und steigendem Meeresspiegel einhergeht und sich auf die Natur und die Umwelt des Menschen auswirkt.

Der menschengemachte (anthropogenische) Klimawandel, der von Treibhausgasemissionen verursacht wird, gilt weithin als eines der größten Probleme unserer Zeit. Zu den in der EU erwarteten Auswirkungen gehören häufigere und extremere Wetterereignisse, höhere Temperaturen und Dürren (in Südeuropa) sowie ein Abschmelzen der Gletscher und eine geringere Schneedecke, was zu vermehrten Überschwemmungen und Küstenerosionen, Waldbränden, Artensterben, geringeren Wasserreserven und Ernteausfällen führt. Diese geophysikalischen Veränderungen haben auch sozioökonomische Folgen, z. B. negative Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen und eine Beeinträchtigung von wirtschaftlichen Aktivitäten wie der Tourismus.

In Europa entsteht der Großteil der Treibhausgasemissionen durch die Sektoren Energie und Verkehr; sie stehen daher im Zentrum der Abhilfe- oder Präventionsmaßnahmen für den künftigen Klimawandel. Laut Daten der Europäischen Umweltagentur (EEA)⁴ stammen die meisten Treibhausgasemissionen in der EU aus der Verbrennung von Kraftstoff für die Energieumwandlung, im Verkehr und für eine Reihe industrieller Aktivitäten. Auch die Landwirtschaft und die Müllentsorgung sind bedeutende Emissionsquellen. Beachtenswert ist, dass der Anteil des Verkehrs an den gesamten Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2009 von 13,8 % auf 20,2 % zugenommen hat.

Die EU hat bei der Entwicklung ehrgeiziger Klimaschutzprogramme eine Führungsrolle übernommen und verschiedene Initiativen ins Leben gerufen.⁵ Neben diesen Initiativen innerhalb der EU finden internationale Verhandlungen für das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) statt. Dabei sollen weitere Verpflichtungen und Mechanismen zur Eindämmung der globalen Erwärmung vereinbart werden, um die unvermeidbaren Folgen zu bewältigen und den Entwicklungsländern finanzielle Unterstützung bereitzustellen.

Bislang spielte die Geschlechterdimension des Klimawandels in den Diskussionen und politischen Initiativen in der EU und anderen entwickelten Staaten kaum eine Rolle. Dies ist jedoch ein wichtiger Punkt, der berücksichtigt werden muss, da gesellschaftlich geprägte Rollen und Identitäten sowie die zugrundeliegenden Machtgefüge die Art und Weise beeinflussen, in der Frauen und Männer zum Klimawandel beitragen, diesen wahrnehmen und darauf reagieren.

Der Klimawandel wirkt sich zunächst einmal auf Frauen und Männer unterschiedlich aus. Geschlechtsspezifische Rollen und Aufgaben in der Familie und im



Haushalt und die Segregation auf dem Arbeitsmarkt sowie die Lohnunterschiede führen zu unterschiedlichen Anfälligkeiten von Frauen und Männern für die Folgen des Klimawandels (Abb. 1, 2 und 3). Dazu gehören vermehrte Unfälle von Frauen bei extremen Wetterereignissen und schwierige Erfahrungen bei der Erholung von Katastrophen. Wirtschaftliche Disparitäten führen zu Unterschieden bei der Anpassungsfähigkeit. Wegen ihrer durchschnittlich ge-

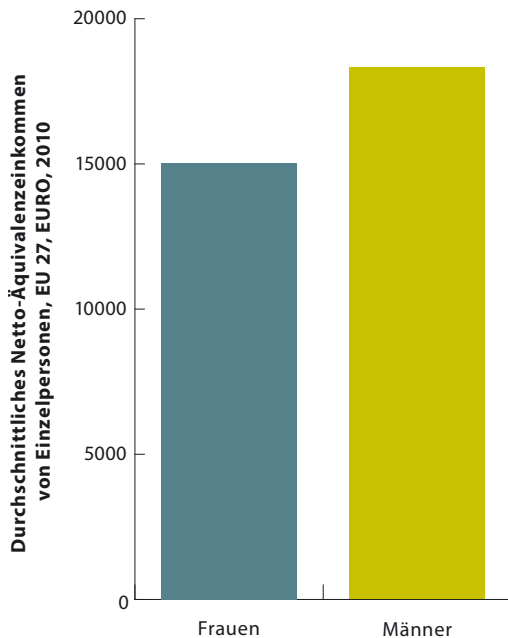
ringeren Gehälter und Rücklagen sind insbesondere alleinerziehende Mütter und ältere Frauen benachteiligt, wenn teure Anpassungsmaßnahmen erforderlich sind. Darüber hinaus kann auch der Bedarf an Pflege wegen gesundheitlicher Folgen des Klimawandels oder wegen Naturkatastrophen zunehmen und diejenigen zusätzlich belasten, die vorwiegend für die Pflege zuständig sind.

Abb. 1: Mehr Frauen bewerten ihre Gesundheit als schlecht



Quelle: Eurostat, EU-SILC (hlth_silc_01)

Abb. 2: Frauen haben ein geringeres Einkommen, insbesondere alleinerziehende Mütter und ältere Frauen

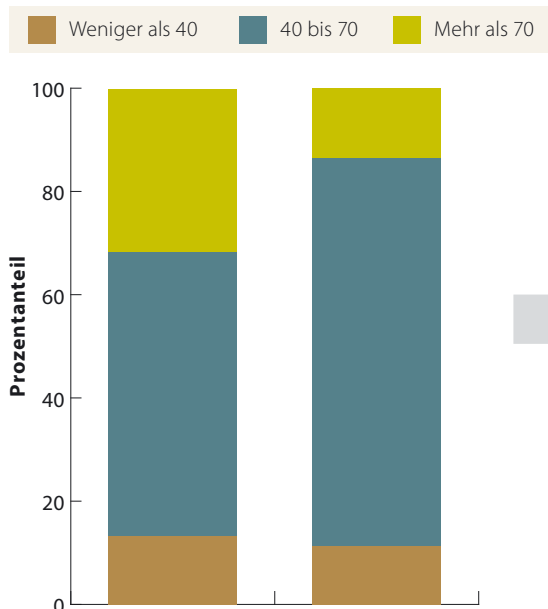


Quelle: Eurostat, EU-SILC (ilc_di04)

Frauen stellen einen Sonderfall dar, wenn teure Anpassungsmaßnahmen erforderlich sind, weil sie unter Umständen nicht über die Mittel für den Kampf gegen den Klimawandel verfügen und sich nicht selbst schützen können

Abb. 3: Frauen leisten mehr bezahlte und unbezahlte Arbeit einschließlich der Pflege von Familienangehörigen, Hausarbeit usw.

Arbeitsstunden für bezahlte und unbezahlte Arbeit, 2010



Quelle: Europäische Erhebung über Arbeitsbedingungen

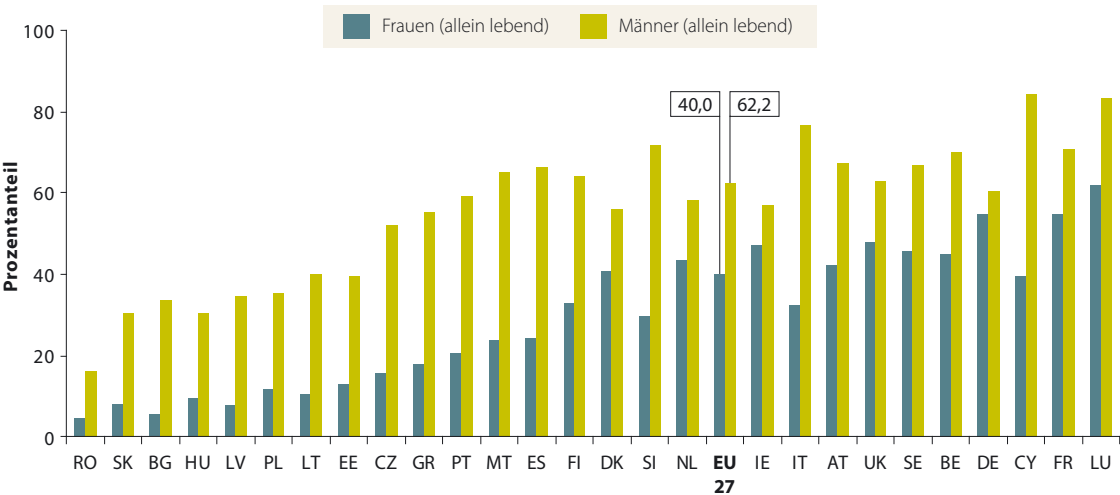
Der Bedarf an Pflege kann wegen gesundheitlicher Folgen des Klimawandels oder wegen Naturkatastrophen zunehmen und diejenigen zusätzlich belasten, die vorwiegend für die Pflege zuständig sind



Zweitens tragen Frauen und Männer in Europa nachweislich auf unterschiedliche Weise zur Emission von Treibhausgasen und damit zum Klimawandel bei. Diese Unterschiede sind auf geschlechtsspezifische Rollen und Identitäten zurückzuführen, die sich auf das Verhalten und die Verbrauchsmuster von Frauen und Männern auswirken. Die wenigen verfügbaren quantitativen Daten lassen darauf schließen, dass Frauen im Durchschnitt weniger Treibhausgasemissionen verursachen als Männer. Insbesondere im

Verkehrssektor belegen große Studien, dass Frauen und Männer ein unterschiedliches Reiseverhalten aufweisen und dass Frauen eher auf umweltverträgliche Weise reisen als Männer. Die Ernährung ist ein weiteres Beispiel, da Frauen eher weniger Fleisch verzehren und die Viehzucht zur Emission von Treibhausgasen in der Landwirtschaft beiträgt. Außerdem sind Frauen tendenziell umwelt- und gesundheitsbewusster und ändern bereitwilliger ihr Verhalten, um auf Umweltbelastungen zu reagieren.

Abb. 4: Prozentanteil von Einpersonenhaushalten mit Auto, 2009



Quelle: Eurostat, EU-SILC (von Eurostat auf Ersuchen von ELGE berechnete Daten)

Drittens verfügen Frauen und Männer über unterschiedliche individuelle Fähigkeiten, den Klimawandel zu bekämpfen und sich daran anzupassen. Aus Forschungsergebnissen geht hervor, dass die Optionen, die Frauen und Männer haben, sich auf einen klimafreundlicheren Lebensstil umzustellen, von der Bildung, den geschlechtsspezifischen Rollen, der Arbeitsteilung im Haushalt und vom Einkommen abhängig sind. Frauen verbringen zum Beispiel tendenziell mehr Zeit im Haus, weil sie häufiger Pflegeleistungen für Familienangehörige übernehmen, und sind somit stärker von der Raumheizung abhängig. Zur Fortbewegung greifen Frauen stärker auf

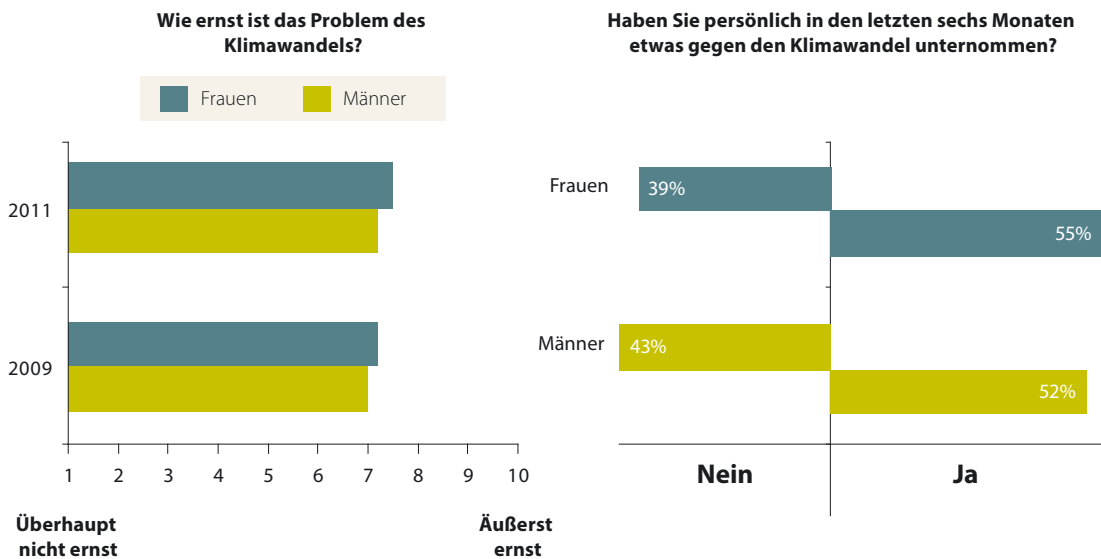
öffentliche Verkehrsmittel zurück (Abb. 4), weil sie seltener ein Auto besitzen. Wegen ihres geringeren Einkommens besteht für Frauen ein höheres Energiearmutsrisiko als für Männer und sie haben weniger Möglichkeiten, in emissionsarme Optionen, zum Beispiel in Form von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien, zu investieren. Außerdem fühlen sich Frauen über solche Optionen schlechter informiert und äußern einen größeren Bedarf an entsprechenden Informationen.

Ein vierter Aspekt ist die Tatsache, dass Frauen und Männer unterschiedliche Wahrnehmungen und An-

schauungen bezüglich der Möglichkeiten des Klimaschutzes haben. Laut Umfragen machen sich Frauen im Durchschnitt mehr Sorgen über den Klimawandel (Abb. 5). Sie empfinden einen größeren Handlungsbedarf für den Klimaschutz und sind eher bereit, ihr Verhalten zu ändern. Männer haben generell mehr Vertrauen in technische Lösungen. Frauen und Män-

ner haben bei den bevorzugten Möglichkeiten zur Energieversorgung stark divergierende Vorlieben. Frauen stehen zum Beispiel der Atomkraft ablehnender gegenüber. Frauen befürworten stärker politische Maßnahmen zur Einschränkung der Nutzung von Autos.

Abb. 5: Einschätzung des Klimawandels, 2009 und 2011



Quelle: Erhebung durch Eurobarometer

Bericht: Klimawandel, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_372_en.pdf

Anmerkung: die angegebenen geschlechts-spezifischen Werte beziehen sich auf EU-weite Durchschnittswerte und koennen innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten variieren.

Schließlich sind Frauen und Männer unterschiedlich von den sozioökonomischen Auswirkungen der Klimapolitik betroffen. Frauen und Männer sind größtenteils aus Gründen der geschlechtsspezifischen Rollen, Kräfteverhältnisse, Einkommens- und Vermögensverhältnisse in unterschiedlichem Maß anfällig für die Folgen des Klimawandels. Sie tragen auch auf verschiedene Weise zu schädlichen Treibhausgasemissionen weltweit bei. Sie haben unterschiedliche Möglichkeiten zur Emissionsminderung sowie unterschiedliche Bekämpfungs- und Anpassungsstrategi-

en wie auch Wahrnehmungen und Anschauungen bezüglich der politischen Strategien und Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen. Jeder dieser geschlechtsspezifischen Unterschiede muss bei der Erarbeitung von politischen Strategien, Maßnahmen und Instrumenten für den Klimawandel berücksichtigt werden.

Das Thema Kräfteverhältnisse und Beteiligung an der Klimapolitik zieht sich wie ein roter Faden durch sämtliche Dimensionen; dabei stellt sich die Frage, wer für



Planung und Entscheidungen zuständig ist und wie die Planung und die Entscheidungen tatsächlich erfolgen. Eine Gleichstellung von Frauen und Männern in Führungspositionen, in der Forschung zum Klimawandel, der Technologieentwicklung und bei internationalen Verhandlungen ist eine Voraussetzung für eine geschlechterdifferenzierte Klimaschutzpolitik.

Die bisher geringe Beachtung dieser Dimension der Klimaschutzpolitik kann teilweise durch ein allgemein mangelndes Bewusstsein für die obengenannten Aspekte erklärt werden. Hinzu kommt ein Mangel an Forschung, deren Ergebnisse die geschlechtsspezifischen Aspekte des Klimawandels in der EU stärker untermauern könnten. Häufig wird der Klimawandel noch als „geschlechtsneutrale“ Politik angesehen.

Der Zusammenhang zwischen einer geschlechterdifferenzierten Klimapolitik und der Gleichstellung bei Entscheidungen ist bislang nicht ausreichend er-

forscht worden. Dennoch ist die Gleichstellung bei der Entscheidungsfindung eine Frage von Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Sie ebnet nicht nur den Weg für eine stärker gleichstellungsorientierte Politik, sondern ist ein Ziel an sich. Die Zunahme der Immatrikulationen von Frauen in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern, die zu beruflichen Laufbahnen im Energie- und Verkehrssektor führen, ist eine Voraussetzung dafür, den Zugang zu denjenigen Institutionen und Machtstrukturen zu erhalten, die die Kontrolle und Unterstützung der Klimaschutzpolitik ausüben.

In diesem Bericht werden Indikatoren vorgeschlagen, mit denen sich messen lässt, inwieweit Frauen an Entscheidungen im öffentlichen Sektor zum Klimawandel auf nationaler, internationaler und auf EU-Ebene beteiligt sind und inwieweit die Bildung in den Bereichen Wissenschaft und Technik nach Geschlecht unterteilt ist.

Gleichstellung und Klimawandel: neue Indikatoren

Die vorgeschlagenen Indikatoren messen die Beteiligung von Frauen an Klimaschutzentscheidungen im öffentlichen Sektor sowie die Unterteilung der Bildung in Bereichen im Zusammenhang mit Umwelt und Klimawandel. Zu diesem Zweck erfassen die Indikatoren die Anzahl der Frauen in hochrangigen Positionen mit Entscheidungsbefugnis in der EU und in Studiengängen in Wissenschaft und Technik.

Die vorgeschlagenen Indikatoren beziehen sich auf die nationalen, europäischen und internationalen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung. Da Klimaschutzentscheidungen zweifelsohne auf lokaler und regionaler Ebene erfolgen, sind die entsprechenden Datenquellen weit verstreut und schwer zu erfassen. Außerdem gibt es große Unterschiede zwischen den dezentralisierten öffentlichen Verwaltungen in den EU-Mitgliedstaaten, sodass es kompliziert wäre, eine vergleichbare Basis für die Datenerfassung zu schaffen.

Das Thema Klimawandel ist naturgemäß ein sektorübergreifendes Problem, das die Arbeit eines breiten Spektrums von Institutionen erfordert. In der EU liegt die Kompetenz für politische Entscheidungen, die sich direkt auf den Klimaschutz beziehen (z. B. Emissionsziele für Treibhausgase, allgemeine Anpassungsstrategien usw.) typischerweise bei den Umweltbehörden. Außerdem spielen der Verkehrs- und der Energiesektor eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Antworten auf den Klimawandel zu finden, weil diese Sektoren für einen Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Daher beziehen sich die vorgeschlagenen Indikatoren auf diese drei Sektoren und soweit möglich auf spezielle Zuständigkeitsbereiche für das Thema Klimawandel und Nachhaltigkeit im Verkehrs- und Energiesektor.

Bildung gehört zu den bestimmenden Faktoren für die berufliche Entwicklung bis hin zu Führungspositionen. Wegen der Entscheidung, sich auf den Energie- und den Verkehrssektor zu konzentrieren, untersucht der vierte Indikator, wie hoch der Anteil an weiblichen Absolventen in wissenschaftlichen und technischen Fächern mit Schwerpunkt im Tertiärbereich ist. Diese Studiengänge führen zu Abschlüssen, die für hochrangige Positionen qualifizieren. Zu den Naturwissenschaften gehören Fächer wie Biologie, Chemie und Physik, die häufig den Bildungshintergrund für Berufe im Umweltsektor bilden, die aber auch in den Energiesektor führen können, insbesondere im Hinblick auf erneuerbare Energien. Zu den technischen Fächern gehören alle Ingenieurdisziplinen, einschließlich Stromerzeugung und verschiedene Energiequellen, Verkehrsdienstleistungen und Ingenieurwesen, Hoch- und Tiefbau und Umweltschutz. Eine technische Ausbildung in diesen Bereichen bereitet die AbsolventInnen darauf vor, an politischen Entscheidungen zur Gesetzgebung und Anwendung von Prozessen und Technologien für den Kampf gegen den Klimawandel teilzunehmen, z. B. Energieeffizienz von Gebäuden, Märkte für erneuerbare Energie, Lösungen im Kraftfahrzeugbau und im öffentlichen Personennahverkehr usw. Mit der Forschung in diesen Bereichen werden die Weichen für künftige technische Entwicklungen gestellt. Die Fähigkeit von Frauen, aufgrund ihrer Ausbildung an diesen Entwicklungen teilzuhaben, ist daher sehr wichtig.

Nachstehend werden vier Indikatoren in Bezug auf die Rolle von Frauen bei Klimaschutzentscheidungen im öffentlichen Sektor und den Anteil von Frauen in wissenschaftlichen und technischen Studiengängen



beschrieben und mit den zugehörigen Daten unterfüttert.

Anteil an Klimaschutzentscheidungen

Neben diversen geschlechtsspezifischen Dimensionen des Klimawandels und seiner Auswirkungen, auf die oben bereits hingewiesen wurde, ist es wichtig, die Frage danach zu stellen, wie die Planungs- und Entscheidungsprozesse ablaufen und wie sie von der Forschung mit Informationen begründet und geformt werden.

1. Indikator:

Anteil von Frauen in Entscheidungsgremien für den Klimaschutz auf nationaler Ebene in den EU-Mitgliedstaaten

Dieser Indikator liefert Informationen zum prozentualen Anteil von Frauen und Männern in den höchsten Ebenen von nationalen Institutionen (Ministerien), die auf nationaler Ebene für Umwelt, Verkehr und Energie zuständig sind.

Die Stellen in den Ministerien, die diese drei Sektoren in den 27 EU-Mitgliedstaaten (81 Ministerien) abdecken, wurden in drei hierarchische Entscheidungsfindungsebenen eingeteilt. Die erste Ebene umfasst die höchste Führungsebene im Ministerium (politische Ebene), die zweite Ebene umfasst Führungsposi-

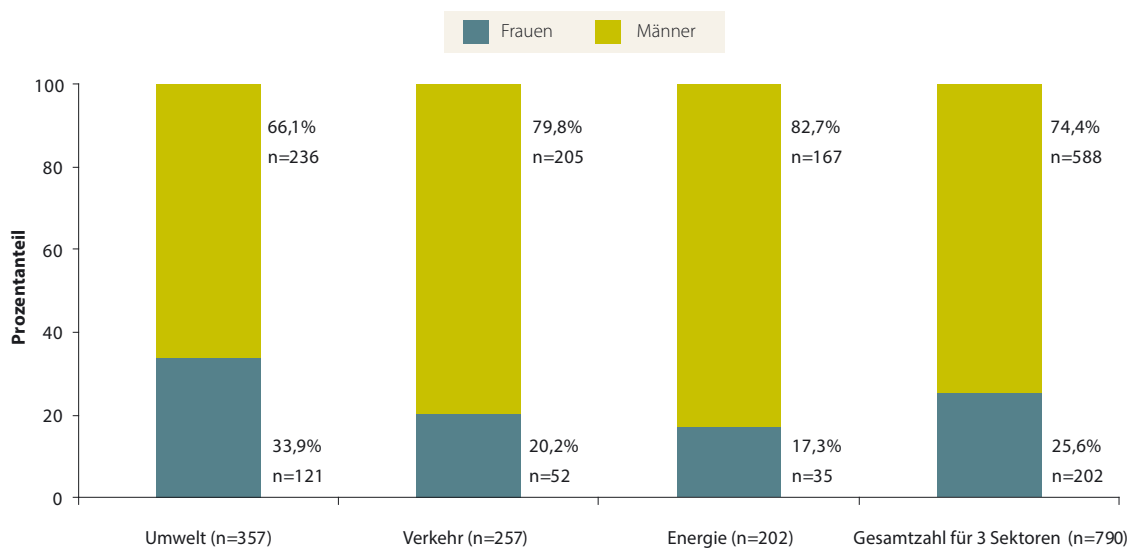
tionen auf Verwaltungsebene mit Entscheidungsbezug im Ministerium, also in der Regel die Leitung des Ministeriums, und die dritte Ebene umfasst die Leitung auf Referats- oder Abteilungsebene.

Frauen sind weniger auf Positionen der 1. Ebene als auf der 2. oder 3. Ebene vertreten: nur 18,2 % der Positionen (bzw. 29 von 159) auf der 1. Ebene sind von Frauen besetzt, während 27,0 % der Positionen (bzw. 41 von 152) auf der 2. Ebene und 27,6 % der Positionen (bzw. 132 von 479) auf der 3. Ebene von Frauen besetzt sind.

Der Indikator zeigt, wie viele Frauen Positionen innehaben, die für Klimaschutzentscheidungen relevant sind, was ein Indikator für ihre generelle Rolle bei der Entscheidungsfindung ist. Die Daten werden nach den drei Sektoren aufgeschlüsselt, und eine Gesamtzahl gibt die Summe aller berücksichtigten Positionen im Jahr 2011 an.

Auf einzelstaatlicher Ebene scheinen die Frauen in den EU-Mitgliedstaaten eine größere Rolle bei Führungspositionen im Umweltsektor als im Verkehrs- und Energiesektor zu spielen. 2011 betrug der Frauenanteil in hochrangigen Positionen mit Relevanz für den Klimawandel in Umweltministerien mehr als ein Drittel (33,9 %); diese Zahl sinkt auf 20,2 % im Verkehrssektor und 17,3 % im Energiesektor (Abb. 6). Insgesamt liegt der Frauenanteil bei etwas mehr als einem Viertel (25,6 %).

Abb. 6: Frauen in hochrangigen Positionen mit Bezug zum Klimawandel in nationalen Ministerien für Umwelt, Verkehr und Energie, nach Sektor, EU-27



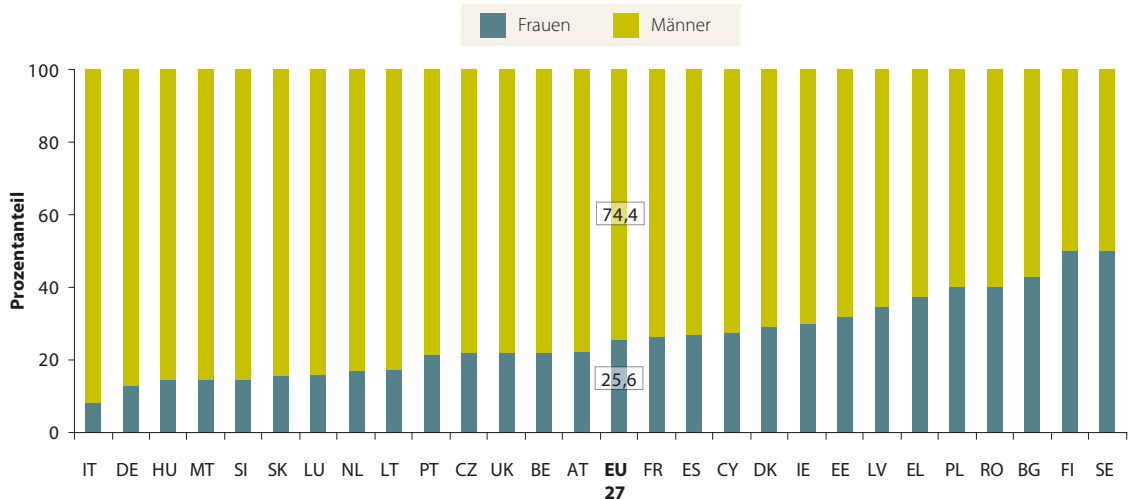
Quelle: In den Mitgliedstaaten im Zeitraum August bis Oktober 2011 erhobene Daten

Anmerkung: Frauenanteil in Führungspositionen mit Bezug zum Klimawandel in nationalen Ministerien für Umwelt, Verkehr und Energie. In Italien war die Position auf der 2. Ebene bei der Energiebehörde zum Zeitpunkt der Berichterstellung nicht besetzt. Im Energiesektor in Rumänien wurden die Daten für die 2. Ebene nicht bestätigt und für die 3. Ebene konnten von der Behörde keine Daten bereitgestellt werden. „N“ steht für die Gesamtzahl. Laut der verfügbaren, sektorenbezogenen Daten sind in zehn Mitgliedstaaten (BE, EE, EL, FR, HU, LU, MT, NL, PT und SE) einige Ministerien oder Behörden für mehrere Sektoren zuständig. Deshalb wurden Informationen zu den entsprechenden Personen unter allen relevanten Sektoren angegeben. Bei der Berechnung der Zahlen nach Ebenen oder die Gesamtzahlen (für alle drei Sektoren zusammen), wurden diese Personen nur einmal berücksichtigt. Aus diesem Grund können die Ergebnisse nach Sektoren und nach Ebenen von der Gesamtzahl abweichen.

Die Rolle von Frauen in Ministerien mit Bezug zum Klimawandel ist in den Mitgliedstaaten sehr verschieden (Abb. 7). Nur Finnland und Schweden haben gleich große Anteile von Frauen und Männern (50,0 %) in hochrangigen Positionen mit Bezug zum

Klimawandel im Umwelt-, Verkehrs- und Energiesektor. Zu den Mitgliedstaaten mit überdurchschnittlichen Zahlen gehören Bulgarien, Zypern, Dänemark, Estland, Frankreich, Griechenland, Irland, Lettland, Polen, Rumänien und Spanien.

Abbildung 7: Frauen in hochrangigen Positionen mit Bezug zum Klimawandel in Ministerien für Umwelt, Verkehr und Energie, nach Mitgliedstaat



Quelle: In den Mitgliedstaaten im Zeitraum August bis Oktober 2011 erhobene Daten

Anmerkung: Gesamtanteil von Frauen in Führungspositionen mit Bezug zum Klimawandel in Ministerien für Umwelt, Verkehr und Energie, nach Mitgliedstaat. In Italien war die Position auf der 2. Ebene bei der Energiebehörde zum Zeitpunkt der Berichterstellung nicht besetzt. Im Energiesektor in Rumänien wurden die Daten für die 2. Ebene nicht bestätigt und für die 3. Ebene konnten von der Behörde keine Daten bereitgestellt werden.

Im Durchschnitt beträgt der Frauenanteil an hochrangigen Positionen in den Sektoren Umwelt, Verkehr und Energie in den Mitgliedstaaten 25,6 %. Die Rolle von Frauen bei der politischen Entscheidungsfindung (1. Ebene) ist geringer als ihr Anteil in leitenden Funktionen in Betrieben oder Abteilungen (2. und 3. Ebene).

2. Indikator:

Anteil von Frauen in Einrichtungen auf EU-Ebene, die für Klimaschutzentscheidungen zuständig sind

Die wichtigsten politischen Einrichtungen auf EU-Ebene sind die Europäische Kommission und das Europäische Parlament. Diese Einrichtungen sind dafür zuständig, politische Strategien und Gesetze der EU zu erarbeiten, zu bewerten und zu genehmigen. Der Rat der Europäischen Union (auch Ministerrat genannt) wirkt zwar auch an der Entscheidung über EU-Gesetze und -Strategien mit, besteht aber aus nationalen MinisterInnen (des jeweiligen Ressorts). Diese Daten wurden bereits für den 1. Indikator betrachtet.

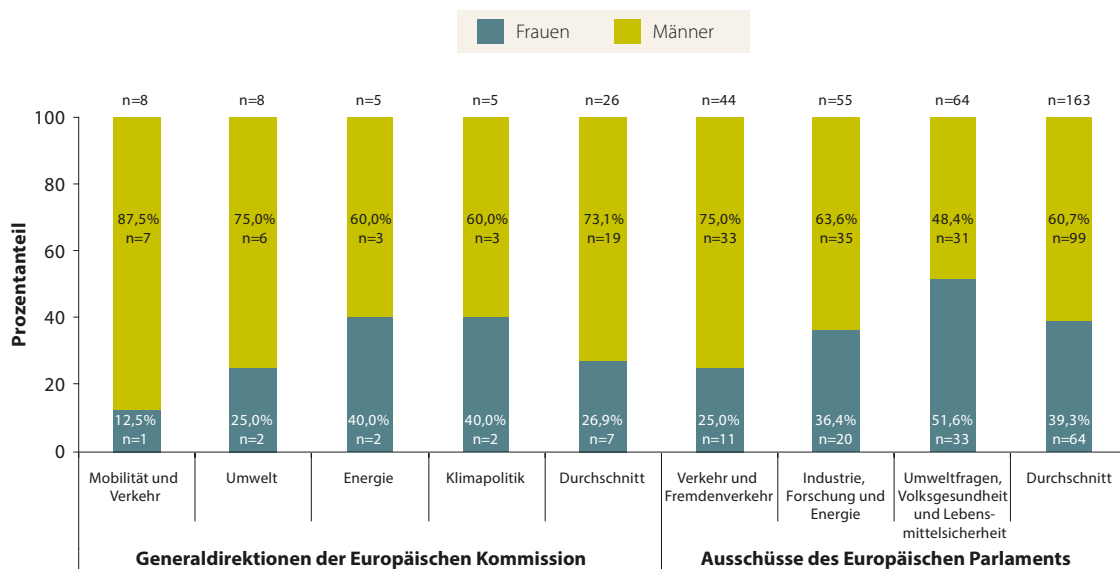
Vier Generaldirektionen (GD) der Europäischen Kom-

mission wurden berücksichtigt: GD Klimapolitik, GD Umwelt, GD Mobilität und Verkehr und GD Energie. Hier spielen im Gegensatz zur Situation auf der einzelstaatlichen Ebene Frauen eine größere Rolle bei hochrangigen Entscheidungen in den für Energie und Klimapolitik zuständigen Einrichtungen (jeweils 40 % Frauenanteil). In der GD Umwelt betrug der Frauenanteil in den relevanten Positionen 25 %, während er in der GD Mobilität und Verkehr nur 12,5 % erreicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass in der Europäischen Kommission insgesamt ein relativ geringer Datenbestand vorliegt, d. h. die Fluktuation zwischen den Positionen hat einen großen Einfluss auf die Gesamtzahlen. Mit einer längerfristigen Datenerhebung könnten Tendenzen erkannt und zuverlässigere Indikatoren für die Rolle der Frauen bei Klimaschutzentscheidungen auf EU-Ebene bereitgestellt werden.

In Bezug auf das Europäische Parlament wurde die Teilnahme in den drei Ausschüssen, die den größten Bezug zu Umwelt, Verkehr und Energie haben, untersucht: Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI, Umweltsektor); Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN, Verkehrssektor); Industrie, Forschung und Energie (ITRE; Energiesektor).

Abb. 8: Frauenanteil in hochrangigen Positionen in den einschlägigen Generaldirektionen der Europäischen Kommission und den Ausschüssen des Europäischen Parlaments, 2011



Quellen: Handbuch der Dienststellen und Who is Who in den EU-Institutionen und Parlamentsausschüssen (August 2011).

Anmerkung: Folgende Positionen bei der Europäischen Kommission wurden berücksichtigt: Kommissar, Generaldirektor und die Direktoren der einzelnen Direktionen. „N“ steht für die Gesamtzahl.

Die Datenerhebung zeigte, dass von den 64 ständigen Mitgliedern im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit 51,6 % weiblich sind. Im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ist der Frauenanteil erheblich geringer: Von 55 Mitgliedern sind 36,4 % weiblich. Der Frauenanteil im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr ist schließlich noch geringer; dort begleiten von 44 TeilnehmerInnen nur 25 % Frauen hochrangige Positionen. Das durchschnittliche Verhältnis Frauen/Männern beträgt in diesen drei Ausschüssen 64 Frauen zu 99 Männern. Somit liegt der Frauenanteil in diesen Ausschüssen durchschnittlich bei 39,3 % (Abb. 8). Im gesamten Europäischen Parlament sind derzeit 256 von 736 Abgeordneten Frauen; das entspricht 35 %.⁶

Diese Zahlen liegen sehr nahe bei denjenigen für die nationalen Ministerien, wobei der Umweltsektor eine ausgeglichene Geschlechterverteilung aufweist als die Sektoren Verkehr und Energie.

3. Indikator:

Anteil von Frauen in Einrichtungen auf internationaler Ebene, die für Klimaschutzentscheidungen zuständig sind

Klimaschutzentscheidungen auf internationaler Ebene finden innerhalb des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) statt, wozu auch die jährliche Konferenz der Vertragsparteien (COP) und deren unterstützende Gremien gehören. Die Konferenzdelegationen führen die politischen Verhandlungen und Entscheidungen zur internationalen Klimaschutzpolitik durch und vereinbaren in diesem Zusammenhang Ziele für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Die COP-Verhandlungen werden durch die Tätigkeit von zwei weiteren Gremien unterstützt, den sogenannten nachgeordneten Gremien (SB). Es gibt ein nachgeordnetes Gremium für wissenschaftliche und technische Beratung, das die Konferenz der



Parteien in Fragen zu Klima, Umwelt, Technologie und Methoden berät. Ein anderes nachgeordnetes Gremium leistet Unterstützung bei der Prüfung der Anwendung des Übereinkommens und befasst sich mit finanziellen und administrativen Angelegenheiten. Die Konferenz tritt in der Regel einmal jährlich zusammen. Die nachgeordneten Gremien treten zweimal jährlich zusammen, einmal gleichzeitig mit der COP und ein zweites Mal zu einem anderen Zeitpunkt des Jahres.

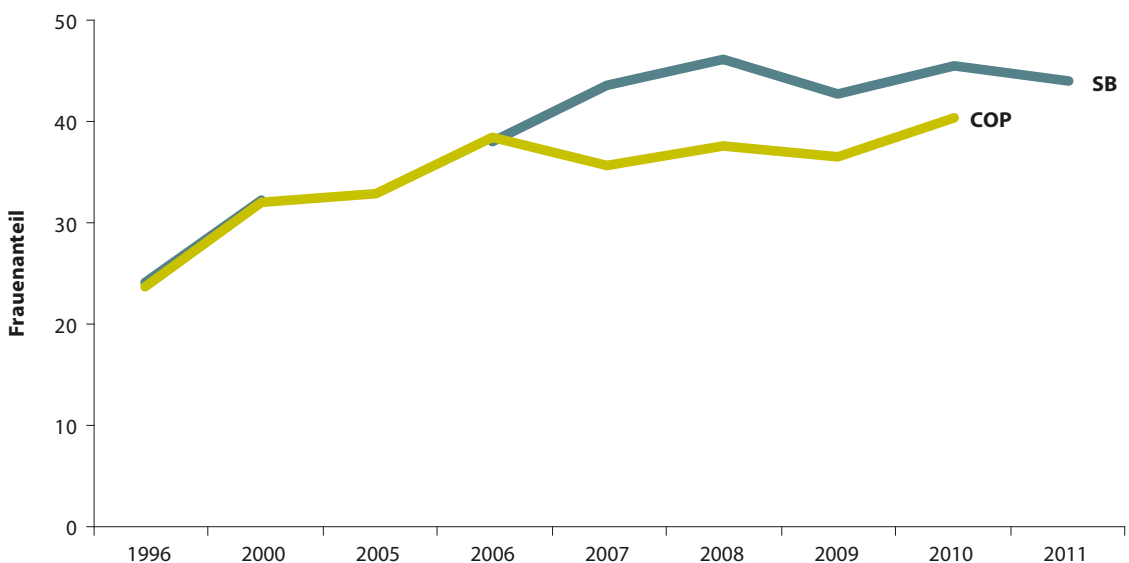
Die Daten zum Geschlecht der COP- und SB-Delegationsteilnahme sowie der Leitung der Delegationen können nach Abschluss der Sitzungen der UNFCCC-Website entnommen werden. Generell hat die Beteiligung von Frauen an den Verhandlungen und den unterstützenden Tätigkeiten für den UNFCCC, einschließlich der Ministeriumsvertretung und Beratung seit Anfang der 1990er Jahre zugenommen.

Bei den Konferenzdelegationen lag der Frauenanteil in den Delegationen der EU-Mitgliedstaaten und in der EU-Delegation in den vergangenen fünf Jahren

durchschnittlich bei 37,6 %. Die Zahlen variieren je nach Mitgliedstaat; die höchsten Zahlen finden sich in Lettland (57,4 %), Finnland (56,8 %), Schweden (49,5 %), Bulgarien (47,4 %) und Litauen (45,6 %). Natürlich muss dabei beachtet werden, dass die Größe dieser Delegationen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich ist. 2010 lag die Größe der Delegationen von sechs Mitgliedstaaten (BG, CY, LV, LT, MT, SK) bei 4 bis 7 Mitgliedern, bis hin zu zehnmal größeren Delegationen für Deutschland und Frankreich und 104 Mitgliedern in der Belgischen Delegation. (Belgien entsendet Delegierte für die Landesregierung und für die einzelnen Regionen).

Generell ist beim Frauenanteil in den nationalen Delegationen für den UNFCCC zwischen 1996 und 2010 ein Aufwärtstrend festzustellen (Abb. 9). Bei der 2. COP im Jahr 1996 lag der durchschnittliche Frauenanteil für alle EU-Mitgliedstaaten und die EU-Delegation zum Beispiel bei 24,3 %. Dieser Durchschnitt betrug bei der 6. COP (2000) 32,4 % und stieg bis zur 16. COP (2010) kontinuierlich bis auf 40,5 % an.

Abb. 9: Frauenanteil in COP- und SB-Delegationen der EU und der Mitgliedstaaten in den vergangenen fünf Jahren



Quelle: <http://unfccc.int> (Teilnehmerlisten der EU und Mitgliedstaaten, erhoben im August 2011).

Anmerkung: Sitzungsjahre der COP: 2006-2010; Sitzungsjahre der SB: 2007-2011, da dies zum Zeitpunkt der Berichterstellung die aktuellsten verfügbaren Jahre waren.

In den nachgeordneten Gremien auf Arbeitsebene liegt der Frauenanteil leicht über dem Wert für

die stärker politisch orientierten COP-Delegationen (Abb. 9). Insgesamt betrug der Frauenanteil in den

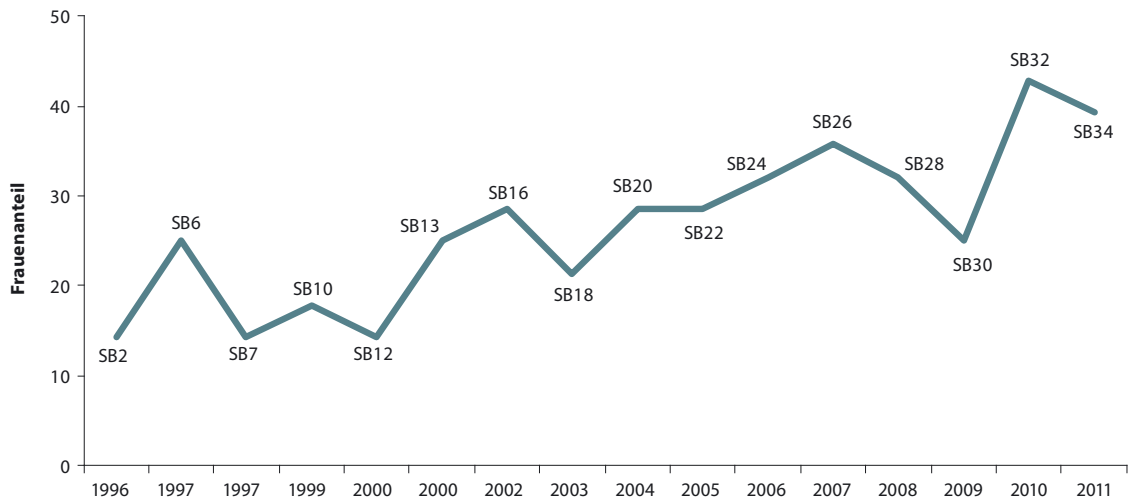
vergangenen fünf Jahren 44,3 %. Sehr hohe Frauenanteile in den SB-Delegationen wiesen die drei baltischen Staaten – Estland, Lettland und Litauen – mit jeweils mindestens 75 % auf. Weitere Länder mit einem Frauenanteil von mindestens 50 % in den SB-Delegationen in den letzten fünf Jahren sind: Slowakei (73,9 %), Spanien (65,7 %), Italien (62,7 %), Ungarn (61 %), Finnland (59,6 %), Bulgarien (57,1 %), Schweden (52,7 %) und Zypern (50 %).

Sowohl bei den COP-Delegationen als auch bei den SB-Delegationen ist im Zeitverlauf ein Aufwärtstrend zu erkennen (Abb. 9). 1996 lag der durchschnittliche Frauenanteil bei den SB-Delegationen der EU bei 24,6 %. Dieser Wert stieg bis zur SB28 im Jahr 2008 stetig bis auf 46,2 % an. Seitdem ging der Durch-

schnittswert leicht auf 42,7 % bei der SB30 im Jahr 2009 zurück. 2011 wurde bei der SB34 dann ein Frauenanteil von 44 % ermittelt.

Auch die SB-Delegationsleitung wurde berücksichtigt, da diese Positionen ein hohes Maß an Entscheidungsgewalt mit sich bringen, und dies in einer Position, die nicht für ein Staatsoberhaupt oder eine/n MinisterIn vorgesehen ist, sondern für einen ausgewiesenen technischen Sachverständigen. Abbildung 10 zeigt einen allgemeinen Aufwärtstrend beim Frauenanteil unter der Delegationsleitung der nachgeordneten Gremien, und zwar bei jeder Sitzung seit 1996, die nicht gleichzeitig mit einer Konferenz der Vertragsparteien stattfand.

Abb. 10: Frauenanteil bei den SB-Delegationsleitern, 1996-2011



Quelle: <http://unfccc.int> (Teilnehmerlisten der EU und Mitgliedstaaten, erhoben im August 2011).

Anmerkung: Summe der Gesamtdaten für den Frauenanteil. Die Daten gelten für Sitzungen der nachgeordneten Gremien, die unabhängig von den Konferenzsitzungen stattfanden; deshalb sind die Jahre nicht lückenlos aufeinanderfolgend. Für SB8 1998 liegen keine Daten vor.

Die Ergebnisse der Auswertung des Frauenanteils an hochrangigen Positionen bei internationalen Klimaschutzverhandlungen zeigen, dass in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Frauen in den COP-Delegationen gestiegen ist und im Jahr 2010 bei 40,5 % lag. Der Frauenanteil in den SB-Delegationen ist etwas höher als in den COP-Delegationen (44 % im Jahr 2011).

Unterteilung der Bildung

Bildung ist ein wichtiger Aufgabenbereich, um die Ziele von Peking zu erreichen. Laut PAP ist eine der wichtigsten Maßnahmen, die vom Staat auf allen Ebenen, einschließlich kommunalen Behörden, zu ergreifen ist, um das Ziel K.1 zu erreichen „facilitate and increase women’s access to information and education, including in the areas of science, technology and economics, thus enhancing their knowledge, skills and opportunities for participation in environmental



decisions“ (den Zugang von Frauen zu Informationen und Bildung auch in den Bereichen Wissenschaft, Technik und Wirtschaft zu erleichtern und zu verstärken, um ihr Wissen, ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten der Teilhabe an umweltrelevanten Entscheidungen zu verbessern).⁷

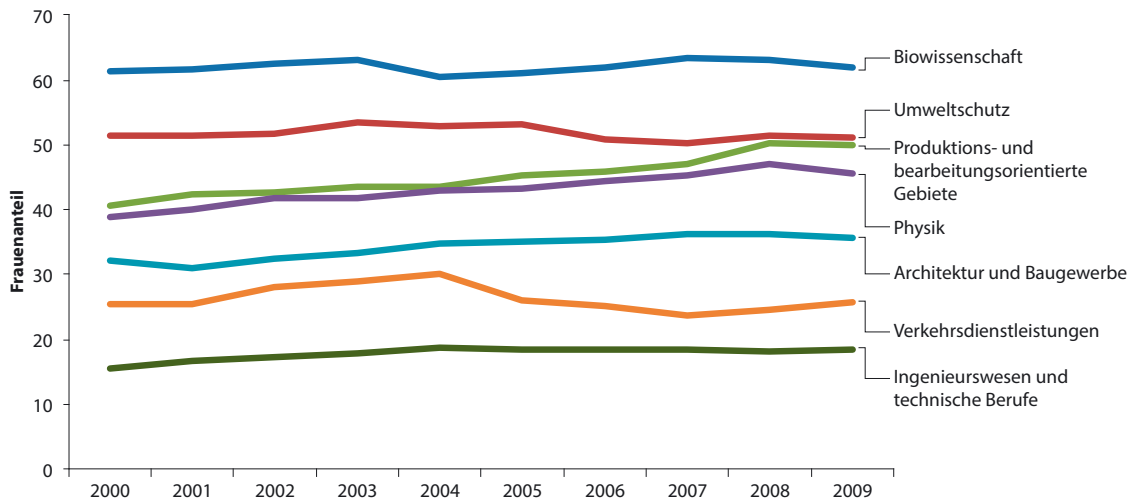
4. Indikator:

Frauenanteil bei den AbsolventInnen von Hochschulstudiengängen (ISCED-Stufen 5 und 6) in Wissenschaft und Technik in der EU und den Mitgliedstaaten

Traditionell studieren Frauen seltener wissenschaftliche oder technische Fächer als Männer. Das wurde von einer Analyse des Frauenanteils bei den AbsolventInnen von Hochschulstudiengängen in Wissenschaft und Technik in den EU-Mitgliedstaaten bestätigt. Der Anteil weiblicher HochschulabsolventInnen ist in den Ingenieurwissenschaften und im Verkehrswesen besonders niedrig, wobei diese beiden Bereiche besonders eng mit den für Klimaschutzentscheidungen relevanten Sektoren Verkehr und Energie verbunden sind.

Nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten zu AbsolventInnen in der EU sind für die Ebene der Mitgliedstaaten und nach Fachgebiet von Eurostat für den Bezugszeitraum 2000-2009 verfügbar.⁸ Diese Daten sind für die ISCED-Stufen 3 bis 6 verfügbar, die tertiäre Studiengänge von der oberen sekundären bis zur zweiten tertiären Stufe umfassen.⁹

Aus der Analyse geht hervor, dass es im vergangenen Jahrzehnt deutliche Unterschiede bei der Zahl der Absolventinnen in den betreffenden Studiengängen gab (Abb. 11). Am beliebtesten bei Frauen sind hierbei Biowissenschaften und Umweltschutz (61,8 % bzw. 51,1 % im Jahr 2009), und auf diese Fächer entfällt im Großteil des Bezugszeitraums mehr als die Hälfte der AbsolventInnen von Hochschulstudiengängen.

Abb. 11: Frauenanteil bei HochschulabsolventInnen in ausgewählten Fachgebieten, 2000-2009

Quelle: Eurostat, Bildungsstatistik (educ_grad5)

Anmerkung: Die Daten zeigen die prozentualen Veränderungen bei Absolventinnen in den Jahren 2000-2009 für alle sieben Fachgebiete, für die Naturwissenschaften und Technik am wichtigsten sind.

Für den vorgeschlagenen Indikator wurden die Daten folgendermaßen zweigeteilt:

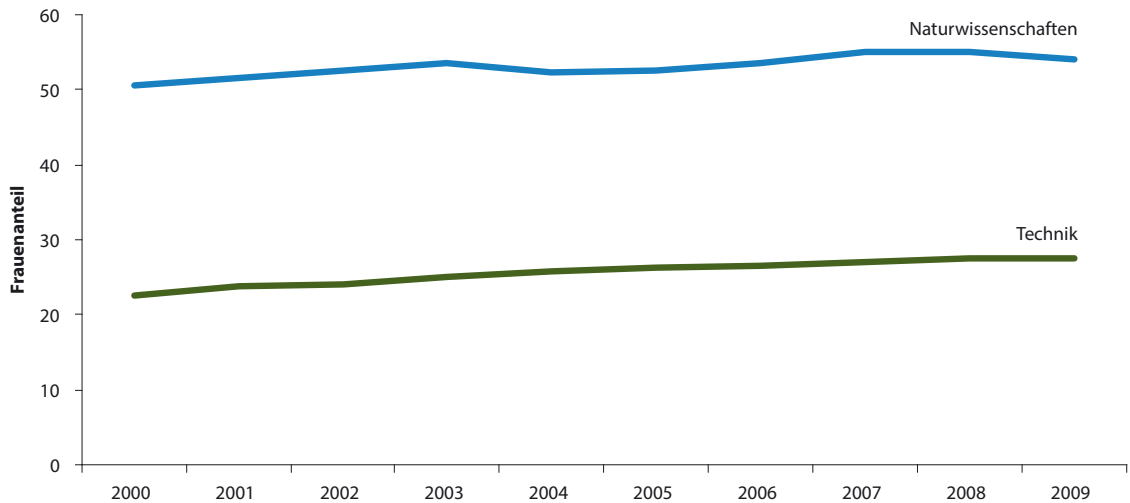
1. „Naturwissenschaften“: *Biowissenschaften und exakte Naturwissenschaften*
2. „Technik“: *Ingenieurswesen und technische Berufe, produktions- und bearbeitungsorientierte Gebiete, Verkehrsdienstleistungen und Umweltschutz*

Die Basisdaten für Absolventinnen im Jahr 2009 lau-

ten: 54,0 % in den Naturwissenschaften und 27,6 % in Technik; im vergangenen Jahrzehnt gab es nur geringfügige Veränderungen (Abb. 12).



Abb. 12: Frauenanteil bei HochschulabsolventInnen in naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen, EU-27, 2000-2009



Quelle: Eurostat, Bildungsstatistik (educ_grad5)

Anmerkung: AbsolventInnen in naturwissenschaftlichen Studiengängen: Entspricht dem prozentualen Gesamtanteil von AbsolventInnen in den Eurostat-Kategorien *Biowissenschaften und exakte Naturwissenschaften*

AbsolventInnen in technischen Studiengängen: Entspricht dem prozentualen Gesamtanteil von AbsolventInnen in den Eurostat-Kategorien *Ingenieurwesen und technische Berufe, produktions- und bearbeitungsorientierte Gebiete, Verkehrsdienstleistungen und Umweltschutz*

Frauen stellen zwar mit 54 % tatsächlich die Mehrzahl der AbsolventInnen in den Naturwissenschaften (aber wie aus detaillierteren Daten hervorgeht, betrifft dies vor allem die Biowissenschaften und bisher weniger die Naturwissenschaften), aber trotz leicht

gestiegener Zahlen im vergangenen Jahrzehnt ist die Zahl von Frauen in den technischen Studiengängen weitaus geringer. Dort lag der Anteil der Absolventinnen im vergangenen Jahrzehnt leicht über 50 %.

Schlussfolgerungen

Der Bericht des EIGE analysiert die Geschlechterdimension des Klimawandels in der EU hinsichtlich seiner unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer und ihre unterschiedlichen Bemühungen, den Klimawandel zu bekämpfen. Da es sich hierbei um ein vergleichsweise neues Forschungsgebiet handelt, versucht der Bericht erstmals Indikatoren vorzuschlagen, mit denen sich in der EU Fortschritte im Bereich Frauen und Umwelt messen lassen. Deshalb war eine Untersuchung der Datenquellen und die Klärung wichtig, welche Daten zur Unterstützung der künftigen Fortschrittsüberwachung einfach zugänglich sind. Die Resultate der Datenerhebung und der Datenanalyse wirkten sich nicht nur auf die vorgeschlagenen Indikatoren aus, sondern führten auch zu einer Reihe von Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur weiteren Forschung in diesem Gebiet.

Der Bericht zeigt deutliche Zusammenhänge zwischen Geschlechterrolle und Klimawandel sowie das Erfordernis auf, die Geschlechterrolle bei der Politikgestaltung zu berücksichtigen, um die generelle Reaktionsfähigkeit der Klimaschutzpolitik besser an die wirklichen Bedürfnisse von Frauen und Männern und die Gesellschaft im Allgemeinen anpassen zu können. Die Auswirkungen des Klimawandels sind für die Geschlechter unterschiedlich; Frauen und Männer tragen in unterschiedlichem Maße zu Treibhausgasemissionen bei; sie verfügen über unterschiedliche individuelle Fähigkeiten, den Klimawandel zu bekämpfen und sich daran anzupassen; sie nehmen die Möglichkeiten des Klimaschutzes unterschiedlich wahr und haben unterschiedliche Einstellungen

dazu, und schließlich werden sie von den sozioökonomischen Folgen der Klimapolitik auch unterschiedlich betroffen. Solche Faktoren sollten zu einem integralen Bestandteil politischer Debatten über den Klimawandel und der daraus folgenden Entscheidungen werden. Dass Frauen an der Entscheidungsfindung zum Klimawandel beteiligt werden, ist eine wichtige Voraussetzung für eine nach Geschlechtern differenzierte und effizientere Klimaschutzpolitik.

Die Untersuchung zeigt, dass die Beteiligung von Frauen an Klimaschutzentscheidungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene noch gering ist. In den Ministerien der Mitgliedstaaten finden sich unter der Referatsleitung mehr Frauen als auf den höheren politischen und administrativen Ebenen. Ursachen hierfür sind die Organisationsstrukturen und kulturen, die traditionelle geschlechtsspezifische Zuständigkeit für pflegerische Aufgaben und die zugehörigen Zeitbeschränkungen für Pflegende sowie die geschlechtsspezifische Auswahl der Bildungsgänge.

Bei Klimaschutzentscheidungen auf internationaler Ebene nimmt die Zahl der Frauen in den UNFCCC-Delegationen der EU-Mitgliedstaaten seit Anfang der neunziger Jahre zu. Dies wurde von internationalen nicht-staatlichen Netzwerken gefördert, die sich mit der Geschlechterrolle und dem Klimawandel befassen. Auf nationaler Ebene sind Frauen an umweltpolitischen Entscheidungen tendenziell stärker beteiligt, wenn es um weniger technologisch geprägte Aspekte geht. Generell ist die Teilhabe von Frauen an der Entscheidungsfin-



dung im öffentlichen wie privaten Energie- und Verkehrssektor im Vergleich zu ihrem Anteil an den Arbeitskräften insgesamt eher gering.

Dass mehr Frauen naturwissenschaftliche und technische Fächer studieren, die zu beruflichen Laufbahnen im Energie- und Verkehrssektor führen, ist eine der Voraussetzungen für den Zugang zu Institutionen und Machtstrukturen, die klimaschutzpolitische Entscheidungen unterstützen und kontrollieren. Der Klimawandel ist ein vergleichsweise neues Politikfeld; deshalb wurden viele hochrangige Positionen z. B. in Umweltbehörden durch Personen mit einer Ausbildung in unterschiedlichen Fächern wie Sozialwissenschaft, Volkswirtschaft oder Jura besetzt, in denen der Anteil der Absolventinnen sehr viel größer ist. Wissenschaftliche und technische Abschlüsse in Fächern wie Ingenieurs-, Natur- und Biowissenschaften oder Verkehrswesen könnten von Bedeutung sein, um im Energie- und Verkehrssektor Zugang zu hochrangigen Positionen mit Entscheidungsbefugnis zu erlangen. Allerdings bedarf es noch weiterer Untersuchungen, um den Zusammenhang zwischen Ausbildung und hochrangigen Positionen zu erhärten.

Die für den EIGE-Bericht durchgeführte Literaturrecherche ergab, dass es nur wenige Studien und Forschungsarbeiten zum Thema Geschlechterrolle und Klimawandel gibt. Um hier Abhilfe zu

schaffen, kommt es darauf an, **Lücken im bestehenden Forschungskorpus zu ermitteln und dann Strategien für die Einbindung der Geschlechterforschung in die politischen Entscheidungsprozesse zu entwickeln.** Um den Nutzen der erhobenen Daten zu maximieren, könnten beispielsweise spezielle Ziele und quantitative Vorgaben für die Teilhabe von Frauen im Politikbereich Gleichstellung und Klimawandel eingeführt werden.

Das Bewusstsein für die Bedeutung der Geschlechterfrage muss geschärft werden, um den Gerechtigkeits- und Gleichheitsaspekten im Umfeld einer dringlichen Offensive zur Bekämpfung des Klimawandels höhere Priorität zu verleihen, zumal der Klimawandel häufig noch immer als „geschlechtsneutraler“ Politikbereich gilt. Um die Folgen des Klimawandels zu bewältigen und die notwendige grundlegende Veränderung des Lebensstils herbeizuführen, bedarf es immenser Bemühungen und Vorgaben von staatlicher Seite, von der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft. Das Eingehen auf Gleichstellungsfragen und eine entsprechende Sensibilität sind Voraussetzungen für diese Bemühungen.

Echter Fortschritt hin zu einer effektiveren und für beide Geschlechter gerechteren Klimapolitik erfordert aber mehr als nur die Aufnahme weiblicher Endungen in politische Dokumente. Um der Kli-

maschutzpolitik mehr Gewicht zu verleihen, ist vielmehr **ein umfassender Systemwandel** gefragt, **der nicht nur Gender Mainstreaming, sondern auch die Umgestaltung der Geschlechterbeziehungen und gesellschaftlichen Strukturen einbezieht.** Ursache für den geringen Stellenwert von Geschlechteraspekten im Bereich Klimawandel ist möglicherweise die mangelnde Bereitschaft, sich mit den weit reichenden Folgen auseinanderzusetzen.

Der PAP-Bereich K benennt drei Ziele für Frauen und Umwelt; der Bericht des EIGE befasst sich mit nur einem davon. Das zweite Ziel betrifft die stärkere Einbindung von Gleichstellungsbelangen und Perspektiven in nachhaltige Entwicklungsstrategien, und das dritte die Einführung von Mechanismen, mit denen sich die Auswirkungen der Umweltpolitik auf Frauen bewerten lassen. Für die Arbeit in diesen Bereichen könnten weitere Untersuchungen zu den Zusammenhängen zwischen der Teilhabe von Frauen an der Entscheidungsfindung und den tatsächlichen politischen Ergebnissen von Nutzen sein. **Die Untersuchung qualitativer Politikaspekte aus der Gleichstellungsperspektive wird dort mit Sicherheit einen Mehrwert schaffen.**

Der Klimawandel ist ein weites Feld mit Bezügen

zu vielen Sektoren und Institutionen; einige davon konnte der Bericht aus Gründen der Zeit, des Umfangs und der Datenverfügbarkeit nicht berücksichtigen. Dazu gehören **die nationalen Gesetzgeber, lokale und regionale Regierungen, der private kommerzielle Sektor, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie Forschungs- und Hochschuleinrichtungen;** sie alle leisten wichtige Beiträge zur Klimaschutzpolitik und ihrer Umsetzung. Um die Rollen dieser Einrichtungen in der Klimapolitik, den Einfluss von Frauen auf die Entscheidungsfindung und das Ausmaß besser zu verstehen, in dem sie politischen Entscheidungen prägen, wären weitere Untersuchungen erforderlich. Auch müssten sich künftige Untersuchungen mit anderen für den Klimawandel bedeutsamen Sektoren wie etwa Landwirtschaft, Industrie und Abfall befassen, die zu den Treibhausgasemissionen erheblich beitragen und bei klimaschutzpolitischen Entscheidungen eine wichtige Rolle spielen.



Endnoten

- 1 Nordische Gipfelerklärung, Nordischer Minister-rat 2009
- 2 Überprüfung der Umsetzung des Bereichs K der Aktionsplattform von Peking in der EU: Frauen und Umwelt - Gleichstellung und Klimawandel, innerhalb der EU. Verfügbar zum Download unter www.eige.europa.eu
- 3 Der Zwischenstaatliche Sachverständigenrat für Klimafragen (IPCC) ist das führende internationale Gremium für die Beurteilung des Klimawandels. Er wurde vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) gegründet, um weltweit eine klare wissenschaftliche Stellungnahme zum aktuellen Wissensstand zum Klimawandel und seiner potenziellen Auswirkungen auf die Umwelt und die sozioökonomischen Verhältnisse abzugeben.
- 4 Datenbank der Europäischen Umweltagentur: <http://www.eea.europa.eu/data-and-maps/data/data-viewers/greenhouse-gases-viewer>.
- 5 Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen, Weißbuch der Europäischen Kommission, KOM(2009) 147 endgültig vom April 2009, unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0147:FIN:DE:PDF>
Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) 2020 endgültig vom März 2010 unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>
Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO 2-armen Wirtschaft bis 2050, Europäische Kommission, KOM(2011) 112 endgültig vom März 2011 unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0112:FIN:DE:PDF>
Europäisches Programm zur Klimaänderung (ECCP), seit Juni 2000 unter: http://ec.europa.eu/clima/policies/eccp/index_de.htm
- 6 Daten für das 1. Quartal 2011, Database on Women & Men in Decision Making, verfügbar unter http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/index_en.htm
- 7 Aktionsplattform von Peking: <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform/index.html>
- 8 Die Internetadresse der Datenbank von Eurostat lautet: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database. Die für diese Analyse verwendeten Statistiken finden sich unter Education Statistics, tableeduc_grad5. Die Daten wurden zuletzt am 01.10.11 aktualisiert und das letzte Bezugsjahr ist 2009.
- 9 Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen: ISCED 1997, UNESCO, 1997 http://www.unesco.org/education/information/nfsunesco/doc/iscd_1997.htm

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen

**Überprüfung der Umsetzung des Bereichs K der Aktionsplattform
von Peking in der EU: Frauen und Umwelt
Gleichstellung und Klimawandel**

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2012

2012 – 26pp. – 17,6x25cm

ISBN: 978-92-9218-029-4

doi: 10.2839/36704



www.eige.europa.eu

ISBN 978-92-9218-029-4



Amt für Veröffentlichungen

